

Wahlprüfstein German Stunt Association e.V. - Bundesverband deutscher Stuntleute

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>Arbeit</p> <p>Welche Bedeutung messen Sie der Freiheit der Berufsausübung in unserem Grundgesetz bezüglich der Wahl, selbständig oder abhängig beschäftigt zu arbeiten, bei? Halten Sie Entscheidungen der DRV/Gerichte gegen den Willen zweier Vertragsparteien für Grundgesetzkonform?</p>	<p>Für viele Menschen ist Selbständigkeit eine attraktive Form der Erwerbstätigkeit. Unternehmergeist fördert dringend benötigte Innovationen. Wir schaffen ein Klima, das Selbständigkeit positiv aufnimmt und unterstützt. Dazu gehört, dass offensichtliche Schutzlücken bei kleinen Selbständigen und Kreativen beseitigt werden und deren soziale Absicherung verbessert wird. Die Corona-Krise hat uns deutlicher denn je vor Augen geführt, wie schnell man ohne eigenes Zutun in Not gerät und wie schnell Rücklagen aufgebraucht sind.</p> <p>Wir werden darum Solo-Selbständige, darunter sind beispielsweise viele Künstler*innen, Autor*innen, Maler*innen, Übersetzer*innen, Entwickler*innen, besser absichern. Dafür werden wir die Absicherung in der Künstlersozialversicherung ebenso wie in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung verbessern.</p>
<p>Arbeit</p> <p>Planen Sie Maßnahmen zur Verbesserung der Kontrolle von Entscheidungen der Deutschen Rentenversicherung nach Statusfeststellungsanträgen, nämlich durch eine unabhängige Instanz anstatt von der deutschen Rentenversicherung selbst? Sollten Ihrer Meinung nach Beamte von Beamten kontrolliert werden?</p>	<p>Mit den neuen gesetzlichen Regelungen haben wir das Statusfeststellungsverfahren vereinfacht und Klarheit geschaffen. Bisher konnte die Clearingstelle der DRV Bund nicht isoliert darüber entscheiden, ob eine Beschäftigung vorliegt. Vielmehr musste sie die Versicherungspflicht aufgrund abhängiger Beschäftigung in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung feststellen. Dies führt zu einem erheblichen Aufwand sowohl bei der</p>

	<p>Clearingstelle als auch bei den Beteiligten.</p> <p>Dazu soll für gleiche Auftragsverhältnisse mittels einer gutachterlichen Äußerung frühzeitig Klarheit über den Erwerbsstatus gewährt werden. Voraussetzung für die Beantragung einer gutachterlichen Äußerung ist, dass in einem Einzelfall über den Erwerbsstatus entschieden wird. Eine Gruppenfeststellung kommt dann in Betracht, wenn entweder Auftraggeber und Auftragnehmer identisch sind oder wenn ein Auftraggeber gegenüber unterschiedlichen Auftragnehmern im Wesentlichen einheitliche Bedingungen für eine Vielzahl von Auftragsdurchführungen vorgibt und diese weitgehend identisch umgesetzt werden. Diese gutachterliche Äußerung ist Grundlage für Vertrauensschutz. Eine abweichende Entscheidung über den Erwerbsstatus im Einzelfall ist dann nur für die Zukunft möglich, vorausgesetzt der Auftragnehmer war in der Vergangenheit auf andere Weise sozial abgesichert. Die Gruppenfeststellung trägt zum Abbau von Bürokratie bei, da weniger isolierte Verfahren notwendig sind.</p> <p>Grundsätzlich gilt, dass alle Feststellungen gerichtlich überprüfbar sind.</p>
Arbeit	
<p>Wollen Sie, und wenn ja, wie, die Selbständigkeit, im Besonderen die s.g. Soloselbständigen stärken? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?</p>	<p>Der Wechsel zwischen versicherungspflichtiger Beschäftigung und Selbständigkeit ist keine Ausnahme mehr. Wer Neues wagt, braucht Sicherheit. Die bestehende freiwillige Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung bietet ein solches Netz. Wir werden den Zugang</p>

	<p>verbessern und mehr Sicherheit im Bedarfsfall schaffen.</p> <p>Wir werden auch Solo-Selbständige besser absichern, deren Geschäftsmodell sie grundsätzlich trägt, wo jedoch unvorhersehbare erhebliche Einnahmeausfälle, etwa durch den kurzfristigen Wegfall von Auftraggebern, zu Notlagen führt. Mit einem Sicherungsgeld schaffen wir ein neues und freiwilliges Angebot für eine solidarische Absicherung in Notlagen, die über branchen- und saisonübliche Schwankungen hinausgehen. Das Sicherungsgeld soll mit Leistungen der Arbeitslosenversicherung vergleichbar sein und durch die Bundesagentur für Arbeit ausgezahlt werden. Das durch Beiträge der Selbständigen finanzierte Sicherungsgeld hat dabei Vorrang vor Leistungen der Grundsicherung.</p> <p>Wir werden eine grundsätzliche Pflicht zur Altersvorsorge einführen. Die Mindestbeiträge zur Krankenversicherung für Selbständige haben wir bereits gesenkt – und wir werden die Gesamtbelastung insbesondere für Solo-Selbständige mit niedrigem Einkommen im Auge behalten.</p>
<p>Bürokratie</p>	
<p>Haben Sie vor, den in der Bundesrepublik Deutschland ausufernden Bürokratismus zu verringern? (einige Beispiele: Bauanträge, Papierflut für Hausärzte bezüglich Corona-Impfungen, Zauneidechsen bei Tesla und anderswo). Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?</p>	<p>Staatliche Regeln, z.B. im Bau- und Umweltbereich, verfolgen einen bestimmten, vom Gesetzgeber vorgegebenen Zweck und werden entsprechend von den zuständigen Verwaltungsebenen umgesetzt. Es greift zu kurz, pauschal von Bürokratie als Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung zu sprechen. Richtig ist jedoch, dass die staatlichen Rahmenbedingungen immer wieder auf ihre fortdauernde Notwendigkeit</p>

	<p>überprüft werden müssen. Insofern haben wir in der laufenden und in der vergangenen Legislaturperiode auf Bundesebene insgesamt vier Bürokratieentlastungsgesetze beschlossen, mit denen jeweils eine Reihe von Regelungen auf Bundesebene aufgehoben werden konnten. Dies wollen wir konsequent weiter fortführen.</p>
<p>Arbeit und Soziales</p>	
<p>Welche Bedeutung hat für Sie die KünstlerSK? Wollen Sie diese stärken? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht? Halten Sie dieses System für übertragbar, um für andere Selbständige eine Möglichkeit der Altersvorsorge zu schaffen? Wenn ja, wie. Welche anderen Ideen, außer Einbeziehung in DRV haben Sie?</p>	<p>Die Corona-Krise hat uns deutlicher denn je vor Augen geführt, wie schnell man ohne eigenes Zutun in Not gerät und wie schnell Rücklagen aufgebraucht sind. Wir werden darum Solo- Selbständige, darunter sind beispielsweise viele Künstler*innen, Autor*innen, Maler*innen, Übersetzer*innen, Entwickler*innen, besser absichern. Dafür werden wir die Absicherung in der Künstlersozialversicherung ebenso wie in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung verbessern. Im Vordergrund steht bei der Künstlersozialversicherung eine Absenkung des notwendigen Mindesteinkommens, die Prüfung des Zugangs für weitere Berufsgruppen.</p> <p>Wir werden eine grundsätzliche Pflicht zur Altersvorsorge einführen. Die Mindestbeiträge zur Krankenversicherung für Selbständige haben wir bereits gesenkt – und wir werden die Gesamtbelastung insbesondere für Solo-Selbständige mit niedrigem Einkommen im Auge behalten.</p> <p>Zur besseren sozialen Sicherung von Künstler*innen werden wir Mindestgagen und Ausstellungshonorare fest etablieren.</p>
<p>Wirtschaft</p>	
<p>Haben Sie vor, Berufsverbände stärker in Entscheidungsprozesse, gerade in solche</p>	<p>Bei der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen werden die</p>

<p>die die Wirtschaft betreffen, einzubeziehen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?</p>	<p>betroffenen Wirtschaftskreise bereits frühzeitig eingebunden. Dazu können auch Berufsverbände gehören. Diese werden dann um Stellungnahme zu Gesetzentwürfen, die sie betreffen, gebeten und diese Stellungnahmen werden von dem zuständigen Ministerium auch veröffentlicht. Auch im weiteren Verlauf einer Gesetzgebung, also wenn ein Entwurf den Deutschen Bundestag erreicht, werden Gespräche mit den betroffenen Verbänden geführt. Insoweit ist derzeit aus unserer Sicht kein Veränderungsbedarf beim Verfahren erkennbar.</p>
<p>Arbeit und Soziales</p>	
<p>Planen Sie Verbesserungen zur Existenzsicherung von Selbstständigen und Künstler:innen, allgemein und vor allem in Krisensituationen? Wenn ja welche? Wie wollen Sie in Krisensituationen die Lebenshaltungskosten berücksichtigen? Wenn nein, warum nicht?</p>	<p>Wir werden auch Solo-Selbständige besser absichern, deren Geschäftsmodell sie grundsätzlich trägt, wo jedoch unvorhersehbare erhebliche Einnahmeausfälle, etwa durch den kurzfristigen Wegfall von Auftraggebern, zu Notlagen führt. Mit einem Sicherungsgeld schaffen wir ein neues und freiwilliges Angebot für eine solidarische Absicherung in Notlagen, die über branchen- und saisonübliche Schwankungen hinausgehen. Das Sicherungsgeld soll mit Leistungen der Arbeitslosenversicherung vergleichbar sein und durch die Bundesagentur für Arbeit ausgezahlt werden. Das durch Beiträge der Selbständigen finanzierte Sicherungsgeld hat dabei Vorrang vor Leistungen der Grundsicherung.</p>
<p>Arbeit</p>	
<p>Öffentlich-rechtl. Fernsehsender. Budgets stagnieren, manche Gewerke (+wir) werden in den Kalkulationen nicht ausreichend berücksichtigt, laufen unter Sonstiges. Planen Sie Maßnahmen, dass die gebührenfinanzierten ö.-r. FS bei</p>	<p>Wir setzen uns für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein und unterstützen die Länder darin, den Auftrag der Sender in einer digitalen Medienwelt weiter zu entwickeln. Zudem wollen wir die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen</p>

Produktionen Gagen berücksichtigen,
von denen Leben +Vorsorge mögl. ist?

verbessern. Künstlerinnen und Künstler,
Kreative und Freischaffende sollen von
ihrer Arbeit leben können und sozial
abgesichert sein. Hier müssen öffentliche
Anstalten und Einrichtungen
Vorbildwirkung haben.

Stuntleute in Film und Fernsehen sind in
der Regel freischaffende Künstler*innen
und in der Künstlersozialversicherung
pflichtversichert. Zur besseren
finanziellen Absicherung von
freischaffenden Künstler*innen werden
wir Mindestgagen fest etablieren,
orientiert am monatlichen
Arbeitgeberbrutto. Dabei sehen wir die
Mindestgage nur als absolute
Untergrenze.

Für bessere Arbeitsbedingungen im Film
wollen wir auch das
Filmförderungsgesetz (FFG) weiter
reformieren. Es ist bereits in der kleinen
FFG-Novelle gelungen, den
Aufgabenbereich der
Filmförderungsanstalt um die Sicherung
von fairen Arbeitsbedingungen zu
erweitern.

Die Gehälter der (abhängig beschäftigten)
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der
öffentlich-rechtlichen Sender basieren
auf Tarifverträgen, die mit den
Gewerkschaften geschlossen werden.
Außerdem ist der von der SPD initiierte
gesetzliche Mindestlohn ein wichtiges
Instrument für die Existenzsicherung. Er
gilt auch in der Filmbranche, wenn nicht
Tarifverträge mit höherem Lohnanspruch
angewandt werden. Mindestlöhne
können aber nur das Mindeste sein.
Deshalb setzt sich die SPD für eine
stärkere Tarifbindung ein: mehr gute

Tarifverträge, damit fairere Löhne gezahlt werden.

Oft wechseln sich freiberufliche Tätigkeit und kurze abhängige Beschäftigung in Kunst und Kultur ab. Die SPD will Verbesserungen erreichen für Menschen, die auf und hinter der Bühne mit kurzen Arbeitsverträgen beschäftigt sind. Wir wollen die Absicherung bei Arbeitslosigkeit für alle Menschen mit kurzen Arbeitsverträgen in der Arbeitslosenversicherung unabhängig von der Dauer der Beschäftigung.